

Vertrag

**Dienstleistungsvertrag
über arbeitsmedizinische Betreuung**

Zwischen der

VBL. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Hans-Thoma-Str. 19

76133 Karlsruhe

- nachfolgend Auftraggeber-

und

- nachfolgend Auftragnehmer-

Vertrag

§ 1	Gegenstand der Vereinbarung	3
§ 2	Vertragsbestandteile	3
§ 3	Vertragslaufzeit und Kündigung	3
§ 4	Durchführung des Vertrages/ Ansprechpartner	4
§ 5	Pflichten des Auftragnehmers	4
§ 6	Mitwirkungspflichten des Auftraggebers	5
§ 7	Zusammenarbeit	5
§ 8	Verhinderung	5
§ 9	Unabhängigkeit bei der Anwendung der Fachkunde	6
§ 10	Vergütung	6
§ 11	Rechnungsstellung	6
§ 12	Schweigepflicht, Datenschutz	7
§ 13	Einsatz von Nachunternehmern	7
§ 14	Haftung / Betriebshaftpflichtversicherung	8
§ 15	Schlussbestimmungen	8

Vertrag

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Vertragsgegenstand ist die arbeitsmedizinische Betreuung des Auftraggebers auf Grundlage der anliegenden Leistungsbeschreibung (Anlage 2.00) und nach den Bestimmungen dieses Vertrages.
- (2) Der Auftragnehmer nimmt die Aufgaben wahr, welche sich aus dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) und der DGUV-Vorschrift 2 in der jeweils gültigen Fassung ergeben. Geschuldet werden nicht nur alle ausdrücklich beschriebenen Leistungen, sondern eine funktionsgerechte Gesamtleistung einschließlich aller Vorbereitungs-, Zusatz- und Nebenleistungen, die zur Erreichung einer vertragsgerechten Leistung erforderlich sind. Der Auftragnehmer ist sich bewusst, dass in der Leistungsbeschreibung unter Umständen nicht jedes Detail abschließend beschrieben werden konnte. Er wird im Rahmen seiner funktionellen Leistungsverpflichtung alle Anforderungen erfüllen, soweit sie nicht gänzlich außerhalb dessen liegen, mit dem er bei ordnungsgemäßer Prüfung des Vertragsumfangs rechnen musste.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Wesentliche Vertragsbestandteile sind neben dieser Vereinbarung:
 - die Leistungsbeschreibung (Anlage 2.00),
 - gegenüber der Leistungsbeschreibung nachrangig das Angebot des Auftragnehmers (Anlage 3.00) nebst den folgenden Bestandteilen:
 - o Preisblatt (Anlage 3.01)
 - o Kriterienkatalog zur Leistungsbeschreibung (Anlage 3.05)
 - o Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsvereinbarung (Anlage 4.01), sofern der Bieter nicht der Gruppe der Berufsheimnisträger angehört
 - o Vertrag über die Auftragsverarbeitung (Anlage 4.02), sofern der Bieter nicht der Gruppe der Berufsheimnisträger angehört
- (2) Im Übrigen gelten die Bewerbungs- und Vergabebedingungen (VOL/B).
- (3) Jegliche Allgemeinen Geschäfts- und Lieferbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen und werden nicht Bestandteil dieses Vertrags.

§ 3 Vertragslaufzeit und Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt nach Zuschlagserteilung und hat eine Grundlaufzeit von 24 Monaten.
- (2) Der Vertrag verlängert sich automatisch um jeweils 12 weitere Monate, jedoch höchstens zweimal.
- (3) Die Parteien sind berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines jeden Vertragsjahres zu kündigen.
- (4) Die Kündigung aus außerordentlichem Grund bleibt unberührt.
- (5) Ein außerordentlicher Grund zur Kündigung liegt insbesondere vor, wenn:
 - ein Verstoß des Auftragnehmers gegen eine gesetzliche oder vertraglich vereinbarte Datenschutzbestimmung vorliegt,
 - ein Insolvenzverfahren über das Vermögen einer Partei eröffnet wird oder ein entsprechender Antrag mangels Masse abgelehnt wird oder sich eine der Parteien in Liquidation befindet,

Vertrag

- wenn der Auftragnehmer trotz schriftlicher Abmahnung mit angemessener Fristsetzung so nachhaltig gegen Bestimmungen des Vertrags verstößt, dass dem anderen Vertragspartner ein Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist,
 - wenn der Auftraggeber nach Zuschlagserteilung feststellt, dass vom Auftragnehmer Änderungen oder Ergänzungen in den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.
- (6) Im Falle einer fristlosen Kündigung dieses Vertrags durch den Auftraggeber steht dem Auftragnehmer eine Vergütung nur für die bis dahin vertragsgemäß erbrachten Leistungen zu.
- (7) Eine Kündigung bedarf der Textform. Das Kündigungsschreiben hat im Falle der außerordentlichen Kündigung die Gründe für die Kündigung zu enthalten.

§ 4 Durchführung des Vertrages/ Ansprechpartner

- (1) Die Leistungen sind grundsätzlich vor Ort und innerhalb der Räumlichkeiten des Auftraggebers zu erbringen. Diese umfassen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses folgende Standorte:

- Hans-Thoma-Straße 19, 76133 Karlsruhe
- Wendtstraße 19, 76185 Karlsruhe

Eine Änderung der verschiedenen Standorte innerhalb des Stadtgebiets Karlsruhe ist während der gesamten Vertragslaufzeit nicht ausgeschlossen.

Soweit die persönliche Anwesenheit des eingesetzten Betriebsarztes am Sitz des Auftraggebers für eine ordnungsgemäße Leistungserfüllung nicht erforderlich sein sollte, kann der Auftragnehmer den Ort seiner Tätigkeit nach pflichtgemäßem Ermessen selbständig bestimmen (z.B. Recherchen, Bestellung von Impfstoffen, etc.).

- (2) Die Durchführung der notwendigen Einsatzzeiten berechnet sich gem. Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV-Vorschrift 2 nach der Anzahl der tatsächlichen Beschäftigten. Die Berechnung der Einsatzzeiten erfolgt erstmalig auf der Grundlage des tatsächlichen Personalstandes zu Vertragsbeginn, dann im ersten Quartal des jeweils folgenden Kalenderjahres.
- (3) Der Auftraggeber unterstützt den Auftragnehmer nach besten Kräften bei der Erbringung der vereinbarten Leistung. Zentraler Ansprechpartner, der für zeitnahe Weitergabe wichtiger Informationen sorgt, ist:
- Herr Felix Croissant (Tel.: 0721 / 155 – 339; E-Mail: felix.croissant@vbl.de)
- (4) Der direkte Ansprechpartner des Auftragnehmers für den Auftraggeber und damit Verantwortlicher ist:
-

§ 5 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine vertraglich geschuldeten Leistungen vertragsgerecht und unter Anwendung größtmöglicher Sorgfalt innerhalb der vereinbarten Einsatzzeiten zu erbringen. Die Vorgaben aus der Leistungsbeschreibung sowie den einschlägigen Rechtsvorschriften sind bei der Ausführung der Leistungen einzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von etwaigen Schadensersatzansprüchen jedweder Art frei, die im Zusammenhang mit der Beauftragung und Durchführung dieses Vertrages von Dritten gegen den Auftraggeber geltend gemacht werden, sofern diese aus einer schuldhaften Verletzung der vertraglichen Pflichten des Auftragnehmers resultieren.

Vertrag

- (3) Der Betriebsarzt ist gemäß § 11 BsiB AVwV § 5 DGUV-Vorschrift 2 verpflichtet, über die Erfüllung der Aufgaben regelmäßig in elektronischer Form zu berichten. Die laufende Berichterstattung erfolgt nach den jeweiligen Vorgaben des Auftraggebers in Absprache mit dem Betriebsarzt. Zusätzlich zur laufenden Berichterstattung ist ein von dem Betriebsarzt in schriftlicher Form verfasster Jahresbericht beim Auftraggeber im ersten Quartal des Folgejahres (31. März) einzureichen.
- (4) Die Erbringung der Dienstleistung erfolgt aufgrund gemeinsamer Planung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu fest vereinbarten Terminen. Grundsätzlich ist der Auftraggeber angehalten, zusammenhängende Einsatzzeiten von mindestens vier Stunden zu vereinbaren. Im Ausnahmefall können je nach Bedarf des Auftraggebers auch kürzere Einsatzzeiten oder vereinzelte Einsätze erforderlich sein.
- (5) Der Auftragnehmer beachtet auch während der Vertragslaufzeit die Verpflichtungen, die sich aus der eingereichten Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k der VO (EU) 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21.07.2022 ergeben.

§ 6 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber unterstützt den Betriebsarzt bei der Organisation der Terminvereinbarungen dahingehend, dass er die Terminvereinbarungen mit den Mitarbeitern auf Grundlage abgestimmter Einsatzzeiten mit dem Auftragnehmer übernimmt. Dem Betriebsarzt werden die vereinbarten Termine rechtzeitig übermittelt, so dass eine Planung der Einsatzzeiten erfolgen kann.
- (2) Für die vereinbarten Termine mit dem Betriebsarzt, z. B. Untersuchungen der Augen und für Mitarbeiterberatungen, steht dem Betriebsarzt ein als Untersuchungs- und Sprechzimmer geeigneter ausgestatteter Raum in der VBL zur Verfügung.

§ 7 Zusammenarbeit

- (1) Der Betriebsarzt und die Fachkraft für Arbeitssicherheit haben nach § 10 ASiG bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammenzuarbeiten. Dazu gehört es insbesondere, gemeinsame Betriebsbegehungen vorzunehmen.
- (2) Der Betriebsarzt und die Fachkraft für Arbeitssicherheit arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit den beauftragten Personen der VBL für Angelegenheiten der internen Arbeitssicherheit, der technischen Sicherheit und des Gesundheits- und Umweltschutzes zusammen.

§ 8 Verhinderung

- (1) Im Falle der Verhinderung (Krankheit, Urlaub etc.) des zuständigen Betriebsarztes und die damit verhinderte, persönliche Ausübung der Tätigkeit nach dem ASiG und der DGUV-Vorschrift 2 muss der Auftragnehmer über einen weiteren Betriebsarzt (mit entsprechender nachgewiesener Qualifikation) ohne zusätzliche Kosten die Vertretung sicherstellen.
- (2) Ein Austausch des Betriebsarztes bei gleicher Qualifikation darf nur einvernehmlich mit dem Auftraggeber vorgenommen werden. Die Zustimmung des Auftraggebers darf nicht verneint werden, sofern sachliche Gründe vorliegen, die einen Austausch rechtfertigen und der Auftragnehmer nachweist, dass der zur Verfügung gestellte Ersatz über die notwendigen Qualifikationen verfügt. Diese Qualifikationen sind dem Auftraggeber durch geeignete Nachweise (Lebenslauf, Zeugnisse, Zertifikate o. ä.) vorzulegen.

Vertrag

§ 9 Unabhängigkeit bei der Anwendung der Fachkunde

- (1) Entsprechend § 8 Abs. 1 ASiG ist das für die arbeitsmedizinische Tätigkeit eingesetzte Personal des Auftragnehmers bei der Anwendung der arbeitsmedizinischen Fachkunde weisungsfrei. Insbesondere können diese bezüglich der fachlichen Beurteilung eines arbeitsmedizinischen Sachverhalts und der daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen nicht gebunden werden.
- (2) Im Übrigen ist der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber weisungsgebunden (z. B. bei Befolgen der Sicherheits- und Zutrittsrichtlinien bei Zutritt zu den Räumlichkeiten des Auftraggebers).
- (3) Der Betriebsarzt wird den Auftraggeber beratend unterstützen und besitzt den Beschäftigten des Auftraggebers gegenüber keine Weisungsbefugnis.

§ 10 Vergütung

- (1) Die Leistungen des Auftragnehmers werden mit den im anliegenden Preisblatt (Anlage 3.01) aufgeführten Beträgen zuzüglich der jeweils gültigen Umsatzsteuer nach tatsächlich erbrachten Einsatzstunden vergütet.
- (2) Die durch den Auftragnehmer verbrauchten Impfstoffe werden in Höhe der tatsächlich hierfür angefallenen Kosten (Einkaufspreis) separat in Rechnung gestellt. Die Arbeitsleistung wird entsprechend der Vorgaben dieses Vertrages, (insbesondere § 11 Absatz 1) in Rechnung gestellt. Die Höhe richtet sich hier nach dem in Anlage 3.01 (Preisblatt) unter Pos. 2 Betriebsspezifische Betreuung angegebenen Preis je Stunde.
- (3) Es handelt sich um Festpreise, die während der gesamten Vertragsdauer gleichbleiben. Eine Preisanpassung findet nicht statt. Dies gilt nicht bei gesetzlichen Änderungen, beispielsweise einer Mindest- oder Tariflohnanpassung.
- (4) In der vereinbarten Vergütung sind alle Nebenkosten enthalten.
- (5) Wegezeiten sind gemäß Anlage 2 Abschnitt 1 DGUV-Vorschrift 2 keine Einsatzzeiten. Ausgenommen sind Dienstgänge zwischen den verschiedenen Standorten des Auftraggebers.

§ 11 Rechnungsstellung

- (1) Der Auftragnehmer rechnet seine ordnungsgemäß erbrachten Leistungen monatsweise nachträglich prüfbar (Leistungsnachweis) und unterschieden nach Grund- und betriebsspezifischer Betreuung, getrennt nach dem geltenden Steuersatz für die jeweilig erbrachten Leistungen (z. B. Vor-Ort Einsatz, Begehungen, Teilnahme an den Arbeitsschutzausschusssitzungen) ab. Die im Preisblatt angegebenen Stundensätze werden in einem Viertelstundentakt abgerechnet bzw. vergütet.
- (2) Die Menge der jeweils verbrauchten Impfstoffe inkl. der Namen der geimpften Personen werden schriftlich an die Abteilungsleitung der Personalabteilung (PM) mitgeteilt.
- (3) Die Prüfungs- und Zahlungsfrist für Rechnungen beträgt 30 Tage nach Eingang einer prüffähigen Rechnung beim Auftraggeber.
- (4) Die Rechnungsstellung hat an folgende Anschrift zu erfolgen:

VBL. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
Hans-Thoma-Str. 19
76133 Karlsruhe

Vertrag

- (5) Für die Übermittlung einer elektronischen Rechnung steht unseren Dienstleistern und Lieferanten die Nutzung der OZG-konformen-Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter <https://xrechnung-bdr.de> zur Verfügung.
- (6) Die für die Zuordnung eingehender elektronischer Rechnungen benötigte Leitweg-Identifikationsnummer (Leitweg-ID) der VBL lautet: 992-80052-91.
- (7) Dieser Weg ist verpflichtend einzuhalten (§ 4 Absatz 3 der Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes).
- (8) Der Auftragnehmer vermerkt für eine leichtere Zuordnung bei diesbezüglich anfallender Korrespondenz und Rechnungsstellung das Zeichen des Auftraggebers, das ihm der Auftraggeber mit Zuschlagserteilung mitteilen wird. Nur so kann der Auftraggeber die Rechnung des Auftragnehmers eindeutig zuordnen und schnellstmöglich bearbeiten.
- (9) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers in Textform statthaft.
- (10) Im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem Auftragnehmer die Vergütung für die Dienstleistung nur anteilig zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Zahlungen sind im Falle der Vertragsbeendigung zurückzuerstatten. Der Erstattungsanspruch ist sofort fällig.

§ 12 Schweigepflicht, Datenschutz

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm zur Kenntnis gelangten internen Informationen des Auftraggebers, auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, vertraulich zu behandeln.
- (2) Der Auftragnehmer darf nur solche Personen einsetzen, die auf die Vertraulichkeit (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b, Art. 32 Abs. 4 DS-GVO) verpflichtet worden sind. Der Auftragnehmer ist auch selbst zur Einhaltung der Vertraulichkeit verpflichtet. Er hat sicherzustellen, dass der Schutz der Daten auch nach Beendigung dieses Vertrages oder nach Beendigung der Tätigkeit einzelner seiner Beschäftigten gewährleistet ist.
- (3) Zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer wird hinsichtlich der – anlässlich der medizinischen Betreuung zu erhebenden und zu verarbeitenden – personenbezogenen Daten der Mitarbeiter des Auftraggebers ein Vertrag über die Auftragsverarbeitung vereinbart, sofern der Auftragnehmer nicht der Gruppe der Berufsgeheimnisträger angehört Einzelheiten hierzu ergeben sich aus Anlage 4.02.
- (4) Des Weiteren gilt die Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsvereinbarung (Anlage 4.01). sofern der Auftragnehmer nicht der Gruppe der Berufsgeheimnisträger angehört.

§ 13 Einsatz von Nachunternehmern

- (1) Im Falle der Beauftragung von Nachunternehmern (Unterauftragnehmer) hat der Auftragnehmer:
 - den Nachunternehmer bei dem Auftraggeber unter Nennung des beabsichtigten Tätigkeitsbereichs anzuzeigen,
 - den Nachunternehmer auf die Einhaltung der sich aus dem Vertrag ergebenden Pflichten, insbesondere auf die Einhaltung der Regelungen zum Datenschutz und zum Informations- und Prüfungsrecht hinzuweisen und sicherzustellen, dass der Nachunternehmer diese Bestimmungen in gleicher Weise einhält wie der Auftragnehmer selbst.

Vertrag

- (2) Eine Übertragung von Leistungen auf nicht bereits bei Zuschlagserteilung genehmigte Nachunternehmer ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers in Textform zulässig. Diese kann nur aus berechtigten Gründen verweigert werden.
- (3) Bei Einschaltung von Nachunternehmern haftet der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrages. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über den Ausfall eines Nachunternehmers zu informieren.

§ 14 Haftung / Betriebshaftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer haftet für von ihm zu vertretende Schäden wie folgt:
 - für Sach- und Personenschäden bis zu 5.000.000 Euro je Schadensfall, insgesamt jedoch höchstens zweifach maximiert pro Versicherungsjahr,
 - für Vermögensschäden höchstens bis zu 2.500.000 Euro, insgesamt jedoch höchstens zweifach maximiert pro Versicherungsjahr.
- (2) Die Haftungsbegrenzungen nach Absatz 1 gelten nicht bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Sicherung möglicher Ersatzansprüche aus diesem Vertrag eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme der angegebenen Haftungshöchstgrenzen für Personen- und Sachschäden sowie Vermögensschäden vorzuhalten. Der Versicherungsschutz ist Voraussetzung für jedwede Vergütungszahlung. Der Auftragnehmer hat jährlich auf Verlangen des Auftraggebers eine entsprechende Versicherungsbestätigung vorzulegen. Diese darf nicht älter als sechs Monate sein und muss innerhalb einer Frist von zwei Wochen vorgelegt werden.

§ 15 Schlussbestimmungen

- (1) Der Erfüllungsort dieses Vertrages ist der Sitz des Auftraggebers in Karlsruhe.
- (2) Der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist Karlsruhe.
- (3) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Textform. Dies gilt auch für Änderungen oder Ergänzungen zu dieser Klausel. Ergänzungen und Änderungen müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein, Schriftwechsel genügt nicht.
- (4) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte der Vertrag eine Lücke enthalten, wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.
- (5) An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Lücke soll eine wirksame und durchführbare Regelung treten, die im Rahmen des rechtlich möglichen dem am nächsten kommt, was die Vertragspartner bei Abschluss dieses Vertrages vereinbart hätten, wenn sie diesen Punkt bedacht hätten.